

Vom allmählichen Verlust der Freiheiten, insbesondere der unternehmerischen

(Artikel in der Zeitung «Zuger Gewerbe», Januar 07)

In diesen Januartagen beschäftigen sich Unternehmer und Gewerbler mit den Abschlüssen des vergangenen Jahres. Das neue junge Jahr ist noch voller Erwartungen, Hoffnungen – man wünscht sich gute Ergebnisse, volle Auftragsbücher und viele Aufträge. Auch für die Politiker in Bern ist 2007 wieder ein Jahr der Bilanz, in Form von Wahlen. Und auch der Politiker wünscht sich ein erfolgreiches Jahr, mindestens am Wahlsonntag, dem 21. Oktober.

Ich nehme dies zum Anlass, etwas freier über eine Tendenz zu schreiben, die mir Sorgen macht: den allmählichen, in kleinen Schritten kommenden, aber doch im Überblick klar erkennbaren Trend zum Verlust mancher Freiheiten. Eine wichtige persönliche Bemerkung vorweg: es geht mir nicht um Schuldzuweisung an eine der bürgerlichen Parteien. Alle bürgerlichen Parteien haben Felder, wo sie die Freiheit nicht absolut durchsetzen möchten. Auch meine eigene Partei ist in einigen Punkten mehrheitlich mitverantwortlich für diese Tendenz. Aber es scheint mir nur ehrlich, das auch zuzugeben, und trotzdem darüber nachzudenken, ob man daran in ein paar Punkten nicht etwas ändern könnte.

Betrachten wir ein paar Entscheide von 2006, die in irgendeiner Weise die Freiheit einschränkten: da wäre einmal der Bildungsartikel, der dem Föderalismus, der Freiheit der Kantone im Bildungswesen, den ersten, unmerklichen, aber entscheidenden Todesstoss versetzt. Der Wettbewerb um die besten Bildungsangebote zwischen den Kantonen wird abgelöst durch «Harmos» und andere Projekte, die einheitliche Bildungsziele für alle Kantone wollen. Diese Einheitlichkeit erreicht man nur, indem nach unten nivelliert. Dann die Kinderzulagen: bis jetzt klar Aufgabe der Kantone, die sie auch gut gelöst haben, wird das jetzt auch eidgenössisch geregelt, hier natürlich, da es um Geld geht, auf höherem Niveau. Die Freiheit der Unternehmen, des Gewerbes (denn die bezahlen), wird wieder ein kleines Stück eingeschränkt. Der Gewerbeverband musste zur Kenntnis nehmen, dass er keine Chance hat, auf diese Probleme auch nur hinzuweisen. Sofort gilt es als unsozial, wenn man gegen die Verteuerung des Faktors Arbeit in der Schweiz ankämpft.

Die im Parlament momentan behandelte CO²-Abgabe wird gerade das Gewerbe, die KMU, gerade die (immer weniger) produzierenden und energieintensiven Betriebe benachteiligen – ihre unternehmerische Entfaltung wird vielleicht bald noch mehr im Ausland stattfinden.

Und in der Pipeline sind weitere Ideen, wie man gesellschaftliche Probleme vor allem über gesetzliche Freiheitseinschränkungen, Verbote, Vorschriften usw. einschränken will: Der Staat soll die Werbung einschränken, er soll den Menschen vorschreiben, wann und wo und wie viel sie zu essen, trinken, rauchen und zu arbeiten haben. Insbesondere das Bundesamt für Gesundheit ist ein fast unerschöpflicher Quell an Ideen, die Freiheit und Selbstverantwortung der Bevölkerung zu reduzieren: Der Bericht «Suchtpolitik in der Schweiz» zeigt mit erfrischender Deutlichkeit neue Aktivitätsfelder für den Beamtenstaat: da ist von Spielsucht, Fettleibigkeit, Kaufsucht und Arbeitssucht die Rede, der man mit der ganzen Staats- und Propagandawucht begegnen will. «Arbeitssucht» nannte man früher einmal auch «Fleiss»...

Und natürlich soll auch die Werbung nicht den Konsumenten gefallen, sondern den Politikern. Sind Werbeverbote die Vorreiter einer neuen staatlichen Zensur? Mit der Zeit entscheidet auch der Staat, bzw. die vom Staat profitierenden Politiker, was gedacht und gesagt werden soll. Dies jedenfalls ist die Meinung von Prof. Kley, Universität Zürich. Natürlich sind die Appelle an die Bürgerinnen und Bürger, «gesund» zu leben, prima vista vernünftig. Wer kann schon dagegen sein, wenn der Staat alles daran setzt, zu erinnern, dass Rauchen tödlich ist und Alkohol schadet? (Aber, nebenbei, beim Cannabis immer noch alles tut, um die angebliche «Repression und Kriminalisierung» aufzuheben. Nach wie vor ist es halt einfacher und einträglicher, gegen Geschwindigkeitsüberschreitungen einen enormen polizeilichen Aufwand zu machen, als beim Cannabiskonsum auch nur annähernd den staatlichen Regeln Nachachtung zu verschaffen.) Aber auch Politik ist nicht nur ungefährlich. Und der Schritt, vom Werbeverbot für unerwünschte Produkte zum Verbot unerwünschter politischer Ansichten, dieser Schritt ist klein. Die Diskriminierungs- und Rassismusstrafnormen sind Vorboten dieser Entwicklung.

Sicher: es gibt Gründe, die absolute Freiheit einzuschränken, vor allem dort, wo sie zulasten der Freiheit anderer geht. Und gerade als Konservativer vertrete ich häufig die Ansicht, dass eben nicht alles gesellschaftlich erlaubt sein sollte, wenn es staatlich nicht verboten wäre. Aber vor allem in wirtschaftlichen Belangen, da wo die unternehmerische Freiheit und Initiative gefordert ist, da muss man anpassen, dass die staatliche Regulierungssucht nicht jeden Unternehmergeist bricht, oder – noch schlimmer – ins Ausland treibt. Sozial ist, was Arbeitsplätze schafft, und Arbeitsplätze schafft nur die freie Wirtschaft. Staatliche Arbeitsplätze bringen keine neuen Gelder für den Wohlfahrtsstaat, sondern verbrauchen Steuergelder.

Warum versucht man viel zu wenig, bei Herausforderungen zuerst einmal zu fragen: «ist Selbstverantwortung nicht auch eine Lösung?» Es ist klar, dass die linken Parteien dem Staat, vor allem dem

Bundesstaat (die Kantone sind immer noch mehrheitlich bürgerlich dominiert) mehr Macht zuführen möchten. Die Zahl der Bundesparlamentarier, die ihr Einkommen aus Steuergeldern generieren, ist gross. Unternehmer, Gewerbler, die erst erwirtschaften müssen, was sie verdienen, sind in der Minderheit. Und manche Politiker sehen sich in ihrer eigenen Bedeutung nur dann bestätigt, wenn die Zahl ihrer Vorstösse hoch ist, wenn Gesetze geschaffen werden, wenn so getan wird, als gebe es auf jedes gesellschaftliche Problem auch eine gesetzliche Lösung. Manchmal müssten Politiker auch zugeben können, dass mit neuen Gesetzen Probleme nicht zu lösen sind, dass die Lösung demzufolge nicht in neuen Vorschriften, sondern in gesellschaftlichen Änderungen liegen muss. Freiheit ist nie ohne das Risiko des Scheiterns, ohne das Risiko des Versagens zu haben. Deshalb erfordert es mehr Mut, die Freiheit und die Selbstverantwortung zu stärken, als mit gesetzlichem Aktivismus so zu tun, als sei man kompetent genug, etwas zu lösen. Sind Schuluniformen und «Super-Nannys» tatsächlich die richtige Antwort auf Erziehungsdefizite? Wäre es nicht Zeit, die Schule würde wieder mehr Freiheit bekommen, die Eltern an ihre Verantwortung zu erinnern, statt Termine bei Psychologen, Sozialarbeitern und anderen Reparaturspezialisten anstelle des Unterrichts, der Wissensvermittlung anzusetzen?

Wie gesagt: je nach Thema ist es auch in bürgerlichen Parteien mehrheitsfähig, dem Staat mehr zuzutrauen als dem selbstverantwortlichen und freiheitlichen Individuum. Das ist auch nicht weiter problematisch, die Meinungsvielfalt soll hier auch leben. Aber vor allem in wirtschaftlichen Fragen, dort wo es um die unternehmerische Freiheit geht, dort sollten die bürgerlichen Parteien Sorge tragen, dass wir nicht die Gebühren-, Abgaben- und Steuerlast weiter erhöhen. Das ist der Grundfehler der bürgerlichen Parteien: sie schaffen es nicht mehr, in Kernanliegen zusammenzustehen, und bürgerliche, wirtschaftsliberale Mehrheiten zu bilden. Damit gibt es meistens den gleichen Verlierer: die Freiheit, und den gleichen Sieger: die Linke. Es gibt nun Versuche einiger bürgerlicher Politiker (wie Carlo Schmid, Otto Ineichen, Peter Spuhler), dieser Tendenz entgegenzuwirken. Wir gründeten die IG Freiheit. Wenn Sie mitmachen möchten: www.freiheit-liberte.ch. Damit 2007 ein besseres Jahr für die Freiheit und ein schlechteres Jahr für die staatliche Regulierungswut wird.

Gerhard Pfister, Präsident CVP Kanton Zug, Nationalrat